

Strompläne bergen Spannung

Weitenung und Vimbuch von Ausbau betroffen

Von unserem Redaktionsmitglied
Wilfried Lienhard

Bühl/Sinzheim. Das Vorhaben der EnBW-Tochter Transnet, ab dem Jahr 2019 eine der beiden vorhandenen Stromleitungen zwischen Karlsruhe und Freiburg von 220 auf 380 Kilovolt aufzurüsten, birgt Spannung und alarmiert Bewohner der Bühler Stadtteile Vimbuch und Weitenung sowie des Sinzheimer Ortsteils Halberstung. Nachdem diese Zeitung bereits am 29. Oktober über den geplanten Ausbau berichtet hat, häufen sich besorgte Nachfragen. Doch sowohl die Stadt Bühl als auch die Gemeinde Sinzheim können derzeit keine konkreten Informationen liefern: Man wisse auch nicht mehr, als in der Zeitung gestanden habe.

Kritik auch aus Halberstung

Die Bühler Stadtverwaltung drängt deshalb auf mehr Informationen. Transnet sei ein entsprechendes Schreiben geschickt worden, sagt Fachbereichsleiter Wolfgang Eller. „Wir hätten schon gerne frühzeitig gewusst, was genau geplant ist: Soll die bestehende Trasse verstärkt werden? Gibt es eine neue Trasse?“ Zwar soll es nach Ellers Kenntnis 2017 ein Planfeststellungsverfahren geben, in dem Bedenken vorgetragen werden können, aber das Thema müsse frühzeitig bearbeitet werden – nicht zuletzt mit Blick auf Weitenung und Vimbuch, wo die auszubauende Leitung Wohngebiete betrifft. So seien gerade aus Weitenung schon Anfragen besorgter Bürger eingegangen, sagt Eller. Auch an Ortsvorsteher Daniel Fritz haben sich die Bürger gewandt. „Ich bin gefragt worden, warum wir das Thema nicht bei der Bürgerversammlung am 26. Oktober ange-

sprochen hätten“, berichtet Fritz. „Das ist ganz einfach: Zu diesem Zeitpunkt waren wir darüber noch nicht informiert.“ In Weitenung ist vor allem der nordwestliche Bereich (Wendelin-Ernst-Straße/Am Neuen Weg) betroffen. In Vimbuch wiederum verläuft die Stromtrasse im Bereich der Weidmattenstraße und der Beersteinstraße. In beiden Stadtteilen könne der notwendige Abstand zwischen Trasse und Wohnbebauung nicht eingehalten werden, sagt Karl-Leo Knopf aus Halberstung. Der Schriftführer der dortigen Bürgervereinigung hat sich intensiv mit dem Thema befasst, da auch der Sinzheimer Teilort „äußerst negativ“ betroffen sein werde.

Die Entwicklung könne nicht widerspruchsfrei hingenommen werden. Zwar versichere Transnet, dass die derzeitige Trasse beibehalten werden solle, um keine neuen Flächen in Anspruch zu nehmen, und in keinem Fall werde die Leitung näher an Halberstung heranrücken. Dass das Unternehmen in einer Mail die Einhaltung der Grenzwerte als selbstverständlich bezeichnet, klingt in Knopfs Ohren wie blanker Hohn. Die deutschen Grenzwerte für die Magnetfeldbelastung seien exorbitant hoch: „Da ist die Trassenverstärkung schon durch.“ Knopf verweist auf eine Studie des BUND zum Thema „Elektromagnetische Felder“. Demnach stünden Magnetfeldbelastungen durch Hochspannung als Auslöser für Leukämie ganz oben auf der Ursachenliste.

i Service

Transnet informiert über das Vorhaben unter Telefon (08 00) 38 47 01 oder per E-Mail dialognetzbaue@transnetbw.de.



AN WEITENUNG VORBEI führt die Stromtrasse, die Transnet ab 2019 von 220 auf 380 Kilovolt ausbauen möchte. Im benachbarten Halberstung will man die Entwicklung nicht widerspruchsfrei hinnehmen.
Foto: Bernhard Margull

Bühl/Sinzheim (wl). Der Steinbacher Stadt- und Ortschaftsrat Günter Seifermann (Bündnis 90/Grüne) drängt als Mitglied des Planungsausschusses im Regionalverband Mittlerer Oberrhein auf rasche Information zum Ausbau der Stromtrasse.

Er beantragt deshalb, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 18. November zu setzen. Es müsse geklärt werden, ob es bereits nä-

„Rasch und konkret damit befassen“

here Pläne über die beabsichtigte Verstärkung der Stromtrassen im Bereich der Gemarkungen des Landkreises Rastatt und der Stadt Baden-Baden gebe und was vorgesehen sei, um eine Verstärkung des Elektromogs bei den bereits bestehenden Trassen zu vermei-

den. Außerdem sei die Frage von Alternativen in Form von Zusammenfassung bestehender Stromtrassen mit weiterem Abstand zu bewohnten Gebieten zu besprechen. „Wir müssen uns möglichst rasch und konkret mit den Planungen befassen und alternative Trassenansätze und -Bündelungen im Einvernehmen mit den betroffenen Gebietskörperschaften einbringen“, so Seifermann.